

„Es wird nicht genug gebohrt“

MONTAGSINTERVIEW Beobachter Michael Lacher über den Lübcke-Ausschuss

VON MATTHIAS LOHR

Kassel – Seit Ende April tagt der Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags zum Mordfall Walter Lübcke. Für die Familie des ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten beobachtet Michael Lacher die Sitzungen in Wiesbaden. Er ist ein Schulfreund Lübckes. Wir sprachen mit dem 71-Jährigen.

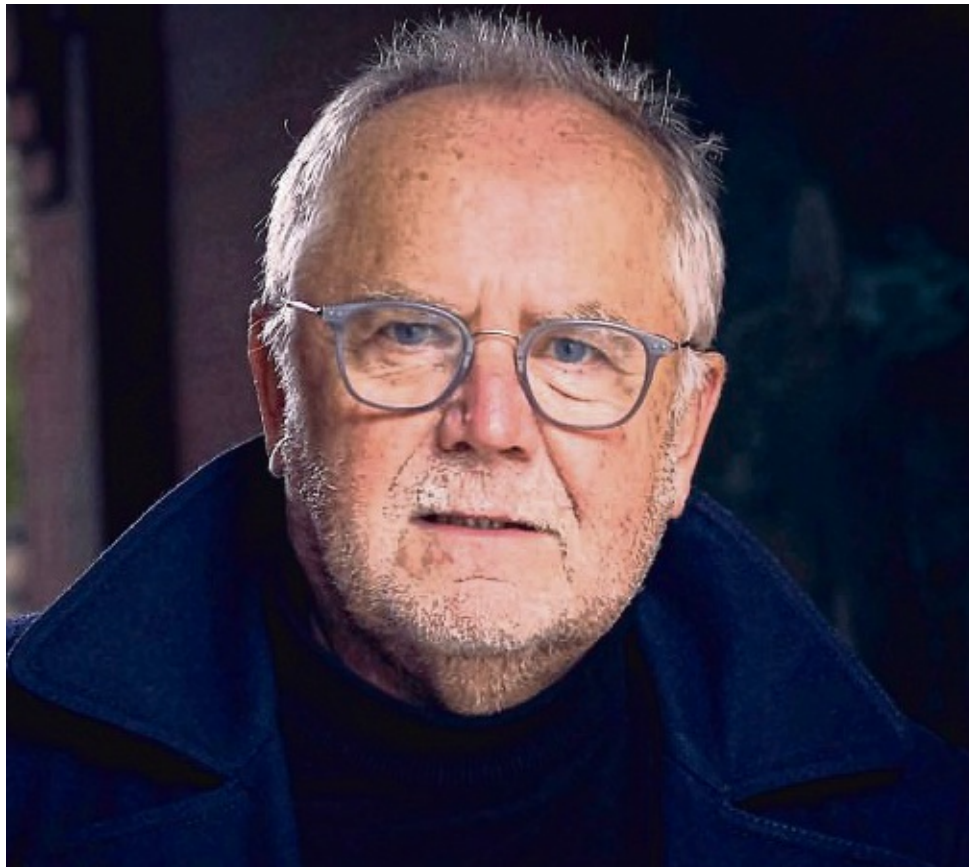
Der Ausschuss soll ein angebliches Behördenversagen im Mordfall Lübcke untersuchen. Welches Zwischenfazit ziehen Sie am Ende des Jahres?

Die Versäumnisse der Behörden werden immer klarer. Sie tragen eine Mitverantwortung für den Mord an Walter Lübcke. Meine Hypothese ist: Hätte man den Nazi-Sumpf nach dem Mord des NSU an Halit Yozgat 2006 trocken gelegt, dann wäre Walter Lübcke nicht umgekommen. Die Köpfe der rechtsextremen Szene konnten damals einfach weiter machen. Es gibt so viele Verbindungen – ob politische oder personenbezogene.

Als der Ausschuss seine Arbeit aufnahm, gab es hohe Erwartungen. Wurden die bislang erfüllt?

Meiner Ansicht nach gab es zu Beginn eine große Koalition aller vertretenen Parteien außer der AfD, Licht in das Umfeld des Mörders Stephan Ernst zu bringen. Alle wollten Klarheit gewinnen über die Rolle staatlicher Behörden. Es gab einen subjektiven Willen zur Aufklärung. Das sehe ich so nun nicht mehr. In der vorletzten Sitzung beispielsweise hat man sich untereinander gestritten, die Stimmung war gereizt. Der Vorsitzende Christian Heinz von der CDU hat systematisch Fragen der Linken unterbrochen – etwa als Hermann Schaus Fragen zu Kagida stellte. Dabei war bei den Kundgebungen der islamfeindlichen Bewegung, bei denen AfD-Politiker auftraten, auch Ernst dabei. Und je näher man an die Verantwortung der Dienste kommt, desto restriktiver werden die Fragestellungen behandelt.

Bereits mit der Initiative Nachfragt, die seit 2017 über Rechtsextremismus aufklärt, haben Sie CDU und Grünen mangelnden



ZUR PERSON

Michael Lacher

Geboren: am 17. März 1950 in Kassel
Ausbildung: zum Buchhändler, Fachabitur an der Paul-Julius-von-Reuter-Schule, Betriebswirtschaftsstudium in Kassel, Promotion in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Karriere: Lacher war Mitarbeiter am Institut für Arbeitswissenschaften Kassel und an der Uni

Bochum, 1990 begann er bei VW in Wolfsburg. Im Werk in Baunatal leitete er bis zu seinem Ruhestand 2011 die VW Coaching Gesellschaft.
Privates: Lacher lebt mit seiner Frau am Bräseberg, hat zuletzt das Buch „Arbeit und Industrie in Kassel“ veröffentlicht, bloggt unter michael-lacher.de und spielt als Hobby-Musiker Gitarre und singt. mal

FOTO: PRIVAT/TH

Aufklärungswillen vorgeworfen. Woran machen Sie das konkret fest?

An der Art und Weise, wie gefragt wird. Und an der Dauer der Befragung. Wenn ich 45 Minuten Zeit habe und davon nur 10 Minuten nutze, spricht das für einen fehlenden Aufklärungswillen. Es wird nicht genug gebohrt. Ich habe den Eindruck: Es soll unter dem Teppich bleiben, dass das Innenministerium geschlampt hat und politisch naiv war. Ich hoffe, dass das Geschehen wieder transparenter wird und sich der Ausschuss im Sinne Walter Lübckes zusammenreißt.

Zuletzt ging es auch immer wieder um den ehemaligen Verfassungsschützer Andreas Temme, der zur Tatzeit im Internet-Café war, in dem Halit Yozgat am 6. April 2006 vom NSU erschossen wurde.

Seine Rolle ist nach wie vor dubios. Als er 2006 von Ermittlern befragt werden soll-

te, hat das hessische Innenministerium interveniert. Die Befragung musste abgebrochen werden. So konnte man viel mehr damals gar nicht nachgehen – etwa, warum er kurz vor dem Mord noch mit dem V-Mann Benjamin G. telefonierte. Innenminister war 2006 übrigens Volker Bouffier. Darum bin ich gespannt, was er zu sagen hat, wenn er als Zeuge im Ausschuss vernommen wird. Bouffier muss die Hosen runterlassen. Das Zynische bei der ganzen Geschichte ist, dass Temme ausgerechnet in das Regierungspräsidium abkommandiert wird, dessen Chef dann vom Neonazi Stephan Ernst erschossen wird. Als Verfassungsschützer ist Temme Teil der rechten Szene gewesen. Er war mittendrin im Netzwerk. Das hat die Befragung von Ernsts Kumpel Mike S. bestätigt. Von ihm soll Temme, der in Hofgeismar „Klein Adolf“ genannt wurde, ein Landser-Bild gekauft haben.

Temme soll im neuen Jahr ebenfalls aussagen. Was kann man sich davon noch erhoffen?

Ich erhoffe mir da wenig. Er ist zu erfahren, wie man in solchen Ausschüssen aussagen muss. Man müsste ihn so scharf befragen, wie es zuletzt der CDU-Politiker Jörg Michael Müller bei Mike S. getan hat. Das war nach der Kritik an CDU und Grünen vordringlich. So könnte man ihn in die Enge treiben, damit er mehr rauslässt, als er sagen will.

Die Linke sieht den Verfassungsschutz kritisch und würde ihn am liebsten abschaffen. Welche Konsequenzen für die Behörde würden Sie ziehen?

Der Verfassungsschutz muss neu aufgestellt werden. Defizite gibt es vor allem bei der Kompetenz der Mitarbeiter, wie bei der Befragung einer Dezernatsleiterin deutlich wurde. Es gibt nur eine normale Verwaltungsausbildung

und keine Ausrichtung auf nachrichtendienstliche Tätigkeiten. Verfassungsschützer mit tiefergehenden politischen Erkenntnissen werden eigentlich gar nicht ausgebildet. In die Ausbildung zur politischen Bildung sollten meines Erachtens qualifizierte Vertreter der Zivilgesellschaft eingebunden werden. Und das V-Leute-System muss abgeschafft werden. Es kann nicht sein, dass Steuermittel eingesetzt werden, um Leute aus der rechten Szene zu finanzieren. So wie es jetzt ist, bringt es ohnehin nichts. Würde das System funktionieren, wäre der Mord an Walter Lübcke zu verhindern gewesen.

„Nach seinem Tod verpassen ihm viele einen Heiligenschein. Der heilige Walter. Dabei war er alles andere als ein Heiliger.“

Michael Lacher über seinen Freund Walter Lübcke

Walter Lübcke kannten Sie aus der Schulzeit. Wie eng war Ihr Verhältnis?

Er hat immer gesagt, dass ich als Schüler sein Chef gewesen bin. Wir haben uns auf der Fachoberschule kennengelernt, wo ich Klassen- und Schulsprecher war. Ich war links und er liberal. Wir haben viel gelacht, aber auch oft hitzig diskutiert. Damals gab es einen viel ausgeprägteren politischen Diskurs als heute. Schon damals war Walter genauso nahbar und streitbar wie später. Nach dem Fachabi haben wir uns aus den Augen verloren und uns erst nach meiner Rückkehr nach Kassel wieder regelmäßig getroffen. Trotz seiner Streitbarkeit war Walter in hohem Maße integrativ. Ihm konnte man nie böse sein. Wäre er Obmann im Ausschuss, könnte er die unterschiedlichen Orientierungen und Interessen zusammenführen. Wissen Sie, was mich stört?

Nein.

Nach seinem Tod verpassen ihm viele einen Heiligenschein. Der heilige Walter. Dabei war er alles andere als ein Heiliger. Dafür war er viel zu lebenslustig. Ihm war nichts Menschliches fremd.

Prozess gegen mutmaßlichen Waffenverkäufer

Paderborn – Rund zweieinhalb Jahre nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) beginnt am Mittwoch der Prozess gegen den mutmaßlichen Verkäufer der späteren Mordwaffe. Wegen fahrlässiger Tötung muss sich Elmar J. aus dem Kreis Höxter verantworten. Die Anklage wirft dem Mann aus Ostwestfalen außerdem noch mehrere Verstöße gegen das Waffengesetz vor.

Er soll Lübckes späterem Mörder Stephan Ernst die Tatwaffe samt Munition 2016 verkauft haben. Nach Angaben des Landgerichts Paderborn aus der Terminankündigung soll der Kaufpreis bei 1100 Euro gelegen haben. Käufer und Verkäufer sollen laut Anklage keine Waffenerlaubnis gehabt haben. Dies sei Elmar J. auch bewusst gewesen. Bis zum 19. Januar hat das Landgericht zwei weitere Verhandlungen geplant.

Gegen Elmar J. war zunächst von der Bundesanwaltschaft wegen Beihilfe zum Mord ermittelt worden. Dann war der Vorwurf der Beihilfe fallengelassen und das Verfahren nach Paderborn abgegeben worden. Nachdem der Bundesgerichtshof im Januar 2020 seinen Haftbefehl überraschend aufgehoben hatte, kam Elmar J. nach über einem halben Jahr Untersuchungshaft auf freien Fuß.

Die Richter hatten Zweifel, ob der Mann 2016 wirklich ahnen konnte, was für eine Tat Ernst mit der Waffe mehr als zweieinhalb Jahre später begehen würde.

Der Rechtsextremist Stephan Ernst war Ende Januar 2021 vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen Mordes an Lübcke zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Gegen das Urteil ist noch eine Revision anhängig. Lübcke war am 1. Juni 2019 auf der Terrasse seines Hauses mit einem Kopfschuss aus nächster Nähe umgebracht worden. Die Tat gilt als erster rechtsextremistischer Mord an einem Politiker in der Bundesrepublik. dpa

So erreichen Sie die Lokalredaktion:

Kathrin Meyer, Telefon: 05 61 / 2 03-15 86 E-Mail: kassel@hna.de

HNA Impressum

Hessische/Niedersächsische Allgemeine

www.hna.de

unabhängig - nicht parteigebunden

Herausgeber Dirk Ippen.

Chefredakteur Dr. Max Rempel, auch verantwortlich im Sinne des Pressgesetzes.

Chefredaktion: Jan Schlüter (stellv. Chefredakteur).

Verantwortliche Redakteure

Leitender Redakteur: Jörg-Stephan Carl.

Kultur: Bettina Frischke. Sport: Frank Ziemke.

Kassel Stadt: Florian Hagemann, Kassel Land: Alia

Shuhäber, Leserdialog: Axel Welch.

Autor / Sondernummer: Dr. Tibor Pézsa.

Geschäftsführung:

Dr. Jan Eric Rempel, Dr. Max Rempel, Frank Schmid.

Leitung des Geschäftskundenbereichs:

Miriam Donnert.

Privatkunden: Sebastian Gerhold.

Logistik: Yarnik Nüsse.

Verlag: Verlag Dierichs GmbH & Co KG,

Postfach 101009, 34010 Kassel,

Frankfurter Str. 168, 34121 Kassel,

(zugleich ladungsfähige Anschrift für alle

Verantwortlichen)

☎ 08 00 / 2 03 - 45 67*

Anzeigenannahme: ☎ 08 00 / 2 03 - 45 67*

Fax 08 00 / 2 03 - 21 93*

Anzeigenannahme@HNA.de

Kundenservice: ☎ 08 00 / 2 03 - 45 67*

Fax 08 00 / 2 03 - 21 93*

kundenservice@HNA.de

Redaktion: ☎ 08 00 / 2 03 - 45 67*

Fax 05 61 / 2 03 - 24 06, E-Mail: info@HNA.de

(* diese Nummern sind gebührenfrei)

Anzeigenpreisliste Nr. 62. Monatlicher Abonnementpreis für das Komplett-Abo einschließlich

Verlagszustellung Euro 39,90 (bei Postzustellung

Euro 42,10) inkl. 7% MwSt.

Kündigungen sind in Textform (§126b BGB) mit

einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende bzw.

dem Ablauf der Verpflichtungsfrist an den Verlag

zu richten.

Rechte für elektronische Pressespiegel: PMG

Presse-Monitor GmbH, ☎ 0 30 / 2 84 93-0

www.presse-monitor.de

Herstellung: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co

KG, Wilhelmine-Reichard-Str. 1, 34123 Kassel.

Neuer Platz für 67 Geflüchtete

MEHR ZUM THEMA Am Karl-Marx-Platz im Vorderen Westen entsteht eine neue Unterkunft

VON CHRISTINA HEIN

Kassel – Die Stadt Kassel ist vorbereitet auf weitere Zuweisungen durch das Land Hessen für die Unterbringung von Geflüchteten. Wie die Stadt auf Nachfrage der HNA jetzt bestätigt hat, entsteht zurzeit eine neue Unterkunft am Karl-Marx-Platz im Stadtteil Vorderer Westen.

Die Umbauarbeiten eines Wohnhauses mit einem Ladenlokal im Erdgeschoss, dort hat der Fahrradbotendienst „Flink“ sein Domizil, sind im vollen Gange.

Nach Abschluss der Sanierung wird die neue Unterkunft an der Friedrich-Ebert-

Straße 121 ab April 2022 bis zu 67 Plätze für geflüchtete Menschen bieten. Einzelne Wohneinheiten können im Bedarfsfall bereits ab dem 1. Februar genutzt werden, sagte Bürgermeisterin Ilona Friedrich.

Welcher Personenkreis hier letztlich untergebracht wird, könne noch nicht gesagt werden und hänge von den Zuweisungen ab. „Grundsätzlich versuchen wir hier aufgrund des Wohnungscharakters, primär Familien unterzubringen. Wir sind froh, dass wir auf solche Gebäude mit guter Infrastruktur zurückgreifen können.“

VORDERER WESTEN



Während der nächsten Sitzung des Ortsbeirats Vorderer Westen am 20. Januar werden Ilona Friedrich und Sozialamtsleiterin Anja Deiß-

fürst das Projekt genauer vorstellen. So könnten auch weitere Hilfen für die Geflüchteten aus dem Stadtteil heraus organisiert werden.

Auch im Hinblick auf Corona hat die Stadt vorgesorgt: Um im Falle eines Infektionsgeschehens in der größten Unterkunft am Kreisel eine Quarantäne für alle Bewohner zu vermeiden, wird dort, „solange noch vertretbar“, ein abtrennbarer Teilbereich mit insgesamt 20 Plätzen für eventuelle Quarantänemaßnahmen bereitgehalten, erklärte Friedrich. Dies halte sie vor dem Hintergrund der mit einer Quarantäne einhergehenden Sicherstellung der

Versorgung der Bewohner für das Wohl der Menschen angebracht.

In Kassel gibt es derzeit – ohne die geplante Unterkunft im Vorderen Westen – 34 Einrichtungen mit 1200 Plätzen. Bei den Häusern handelt es sich um drei große Unterkünfte. Das sind neben der ehemaligen Graf-Haeseler-Kaserne in Niederzwehren der sogenannte Glaspalast am Kreisel und die 2016 neu gebaute Flüchtlingsunterkunft an der Bunsenstraße in der Nordstadt. Hinzukommen eine Unterkunft im Sandershaus in Bettenhausen sowie mehrere kleine Einrichtungen.